



Morgen



6°/11°C

NEWS SPORT METEO KULTUR DOK

SENDUNGEN A-Z

JETZT IM TV

JETZT IM RADIO



ÜBERSICHT SENDUNGEN DOK-SERIEN WEBDOKS SENDUNGSPORTRÄT

## Direkte Demokratie auf dem Prüfstand

Donnerstag, 17. Dezember 2015, 8:55 Uhr

7 1 16

107 Kommentare

Politikwissenschaftler Marc Bühlmann nahm im Anschluss an den Dokfilm «Die Macht des Volkes» Stellung zu Ihren Fragen und Kommentaren.



Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden. KEYSTONE



In welche Richtung entwickelt sich die direkte Demokratie? Darf die Macht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger begrenzt

### Verwandte Artikel



Der Volkswille, die Volkspartei und die Justiz

### Mehr zu DOK



Iris Galey – Missbrauch überdauert Generationen



«Noch nie waren die US-Präsidentschaftskandidaten so unbeliebt»



«Hände hoch, nicht schiessen!»



Tamilische Secondos – Leben zwischen zwei Welten



Das bewegte Leben des Hannes Schmid



Politologe Marc Bühlmann  
UNIVERSITÄT BERN

werden? Was soll mit Initiativen geschehen, welche die Menschenrechte ritzen? Droht gar eine Tyrannei der Volksmehrheit?

Marc Bühlmann ist Direktor des Projekts **Année Politique Suisse** am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Der Politikwissenschaftler nahm im Anschluss an den Dokfilm «Die Macht des Volkes» Stellung zu Ihren Fragen und Kommentaren.

Die Antworten wurden bis Freitag, 18.12.2015 auf dieser Seite veröffentlicht.

### Sendung zu diesem Artikel



#### **DOK** **Die Macht des Volkes**

17.12.2015, 20:05 Uhr

Eigentlich ist sie unser ganzer Stolz, doch jetzt steht die direkte Demokratie auf dem Prüfstand. Das Minarettverbot und die Ausschaffung krimineller Ausländer ritzen die Menschenrechte, und mit ihrer neusten Initiative will die SVP das Völkerrecht eindämmen.

7 1 16

### Populär auf srf.ch



RADIO SRF 1

#### **Gehört der Islam zur Schweiz?**

Die Diskussion im «Forum».

109



NEWS

#### **Hat der «Inländervorrang light» überhaupt eine Chance?**

Mitglieder der Nationalratskommission loten bei der EU die Situation aus – und kehren ernüchtert zurück.

57

### Kommentarfunktion deaktiviert

---

Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben. Deshalb ist das Kommentieren bei älteren Artikeln und Sendungen nicht mehr möglich.

**Alle Kommentare**

**Beliebtste**

---

Manfred Messerli, 6877 Coldrerio

Freitag, 18.12.2015, 16:48

das Theater um den Gotthard bin ich leid. bei der ersten Abstimmung hat das schweizer Volk klar ja gesagt. aber eine minderheit bekam recht, sprich Urner. wo blieb da die mehrheit. es ist nicht das erste mal, dass die Mehrheit gegen die Minderheit verliert.das ist also die schweizer demokratie???

**8**

---

E.Wagner, Zug

Freitag, 18.12.2015, 13:19

Wähler haften für ihre Politiker Nichtwähler auch! Denn das konkludente Schweigen, bedeutet Zustimmung Daran sollten die Wähler bei allen Wahlen und Abstimmungen denken.

**5**

---

Gabor Balazs, Bolligen

Freitag, 18.12.2015, 13:13

Die 50, die nicht wählen rechne ich auch immer. Sie sind für mich die Mehrheit ohne Meinung.

**3**

---

Franz Vettiger, 6006 Luzern

Freitag, 18.12.2015, 12:19

Volkswille? Eine Initiative wird mit etwas über 50% der Stimmen angenommen. Der Text steht nun zu recht in der Verfassung. Der Ausdruck "Volkswille" verführt aber zur Annahme,dass eine Mehrheit des Volkes (was immer das bedeutet) dahinter steht. Machen wir ein Rechenexempel: 50% Stimmbeteiligung (hoch), davon gut 50% dafür, knapp 50% dagegen. 25% der Stimmbürger repräsentieren den "Volkswillen". Man sollte den Ausdruck vorsichtiger verwenden.

**14**

---

Sandra Honegger, Dietikon

Freitag, 18.12.2015, 12:24

ja aber über 50% ist erstens die Mehrheit und zweitens eben nicht 50% Das ist Demokratie. Was schlagen sie vor. Demokratie ist nur dann gültig wenn 99% dafür sind? Willkommen in der Diktatur. Und Stimmbürger kann wählen gehen, wenn er will. Das er dieses Recht nicht nutzt, ist ein Problem, ja..Aber für alle politischen Seiten. So gäbe es auch viele welche nicht abstimmen gehen und dennoch eine Initiative unterstützen würden.

**20**

---

m.mitulla, wil

Freitag, 18.12.2015, 12:13

Solange jede Partei und jeder Bürger frei seine Meinung äussern darf, selbst wenn diese Meinung nicht dem Willen der Regierung entspricht, dann ist die Demokratie noch in Ordnung. Hoffen wir, dass dies auch so bleibt!

**25**

---

jc.heusser, erstfeld

Freitag, 18.12.2015, 13:17

Richtig und "Initiativen" gibt es nur in der direkten Demokrstie und wer hat die "ausser der Schweiz in Europa"?

**8**

---

Hans Martin, Bern

Freitag, 18.12.2015, 10:48

Was soll das? Die Initiativen sind alle verfassungskonform. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass wenn der Volkswille mehr und mehr missachtet wird, das Volk zur Waffe greift. Und in der Schweiz hat jeder eine Waffe. Dies gilt es zu verhindern und zwar durch Umsetzung der angenommenen Initiativen ohne wenn und aber. dafür wird der Bundesrat schliesslich bezahlt.

**24**

---

Marcel Wirth, Moosseedorf

Freitag, 18.12.2015, 12:12

Was soll das? Sind wir mittlerweile schon so weit, dass man mit Bürgerkrieg droht, wenn der Staat nach den Inhalten seiner Verfassung (notabene vom Volk gutgeheissen!) agiert? Wo soll das nur hinführen?

42

---

Thomas Schär, Fribourg

Freitag, 18.12.2015, 10:47

Die Bundesverfassung sieht in Art. 179 Abs. 3 BV Schranken der Verfassungsrevision vor. Unter anderem darf eine Initiative nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstossen. Die als Beispiele aufgeführten Volksinitiativen der SVP wurden alle als gültig erklärt. Weitere inhaltliche Schranken sieht die BV nicht vor.

14

---

Kurt Weiermann, Bremgarten

Freitag, 18.12.2015, 15:11

Sobald Menschenrechte durch eine Initiative in Frage gestellt werden, darf sie dem Volk nicht vorgelegt wurde. Iniativen sollten desweiteren vorgängig geprüft werden, ob sie umsetzbar und ausreichend durchdacht sind. Lustig ist zudem, dass man von Volksinitiativen spricht, die Initiativen werden aber meistens von Parlamentariern angestossen. Dies sollte eigentlich nicht sein, zudem sollten auch die andern Mängel behoben werden, nicht das dies noch das Volk mit einer Intiative beheben muss.

12

---

Steiner, Winterthur

Freitag, 18.12.2015, 10:31

"Die einzige Minderheit der Schweiz ist die SVP." (A. Heer) Es sind solche Aussagen, die mich entsetzen. Entweder meint er das ernst, dann wäre die Aussage schlicht falsch und der Mann blind für andere Minderheiten. Oder er meint es nicht ernst und dann zeigt der polemische, unsachliche Ton, dass er kein Interesse an einer nüchternen Auseinandersetzung hat.

53

---

Peter Meier, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 10:29

Diese Reportage war sehr einseitig links-ideologisch und SVP-Kritisch ausgerichtet was extrem stossend ist, da wir alle ja Gebühren zahlen müssen (auch SVP Wählerinnen und Wähler). Es ist nicht die Aufgabe von SRF, die SVP zu kritisieren, das hat sie ja auch beim

Kassensturz schon gemacht und würde dafür stark gerügt. Die Aufgabe von SRF ist, die aktuelle Situation politisch neutral zu beurteilen, ohne dass die eine oder andere Seite überhand nimmt.

44

---

j.ruf, rodgersdorf

Freitag, 18.12.2015, 08:45

„Wäre es an mir zu entscheiden, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne eine Regierung haben sollten, sollte ich keinen Moment zögern, das Letztere vorzuziehen“, so Thomas Jefferson im Jahr 1787. Ohne freie, unabhängige Medien keine informierte aufgeklärte Bürger und keine intelligente Volksentscheide!

25

---

sutter-markus, 9205waldkirch

Freitag, 18.12.2015, 08:24

Geld regiert die Welt Demokratie ist nur ein Schauspiel in einem statlich aufgezwungenem Falschgeldsystem gibt es nie Demokratie. Für eine Demokratie bräuchten wir ein zinsloses Tauschgeld system Geld mit Verfalldatum damit horten nicht möglich ist. Man müsste alle Verträge der internationalen Maffia UNO IWF BIZ und die bilateralen mit der EU kündigen.

9

---

Bepie Hermann, Bern

Freitag, 18.12.2015, 06:34

Die Wahl sowohl der beiden jungen als auch der alten Repräsentanten dieses Dokfilms war miserabel. A. Heer und H. Keller hinterlassen mir beide einen dégoûtanten Eindruck. Obwohl diesbezüglich ausgeglichen, verlief die Sendung mE tendenziös stark links. Beispiel SVP-Initiativen ritzen Menschenrechte. Diese Initiativen wurden im Vorfeld juristisch abgeklärt. Und insbesondere die Minarettinitiative verstösst auch laut vieler muslimischer Führungsköpfe nicht gegen Menschenrechte!

42

---

Daniel Kälin, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 08:17

Was genau soll an der Sendung "linke" Politik repräsentieren? Die Tatsache, dass man die SVP kritisch hinterfragt? Natürlich ist direkte Demokratie wichtig, und natürlich ist die SVP nicht einfach eine staatsgefährdende Partei. Aber die Diskussion über die Grenzen des Volkswillens in einer (halb-)direkten Demokratie muss stattfinden (Rechtsstaat, Völkerrecht, Menschenrecht, Verfassung). Und da sind, wie gestern zu sehen, die Antworten aus der SVP teils sehr wirr oder

bewusst Fakten auslassend.

56

---

M.Kaiser, Rebstein

Freitag, 18.12.2015, 00:53

Habe sehr aufmerksam den Dokfilm verfolgt, ich komme zum Schluss, dass die SVP tendenziell Recht hat mit ihrer Forderung, keine Fremden Richter. Ein Straftäter der wegen Europarecht nicht ausgewiesen werden darf, weil er in der CH aufgewachsen ist aber wegen seinem anhaltendem kriminellen Verhalten auch nie Eingebürgert wurde, muss eben im Knast seine Herkunftssprache lernen und dann ab in seine Herkunft- Europarecht gilt bei mir bei derart. Undank Null - in solchen Fällen gilt nur CH -Recht !

27

---

Peter Huber, Basel

Freitag, 18.12.2015, 10:45

Herr Kaiser wie aufmerksam haben Sie diese Doku wirklich verfolgt? Es wurde erwähnt dass nur in 2% der Fälle gegen die Schweiz entschieden wurde. Könnte es nicht sein dass in der Schweiz von 100 Fällen zwei Urteile schlichtweg falsch sind?

40

---

H. Wach, Luzern

Freitag, 18.12.2015, 00:30

Hr. Bühlmann: Die USA sind 1! souveräner Staat mit 50 Regionalstaaten. Die EU sind 28! souveräne Staaten mit unterschiedlichsten Verfassungen, Demokratieverständnissen, Steuerges., Sozialges., usw. Brüssel ist zu einem reinen Lobbyisten-Kartell verkommen, wo Maastricht, Schengen/Dublin, 4 Freiheiten, usw. nicht funktionieren können! Der historische Glücksfall einer souveränen!, neutralen! CH m. dir. Dem. muss! erhalten bleiben, weil wir seit 1848! Friede, polit. u. wirtsch. Stabilität haben.

26

Genau! Nur durch das Mitspracherecht des Volkes gibt es Stabilität. Dort, wo nur Politiker bestimmen, gehen die Menschen vermehrt auf die Strassen. Folge davon dann oft hohe Sachbeschädigungen & Verletzte sind, daraus aber auch Bürgerkriege entstehen können. In Ländern der EU mit ihren Schein-Demokratien solche Aufstände mittlerweile durch alle Schichten der Bevölkerung zunehmend sind, sollte uns DAS bedenklich stimmen & Sorge machen. Direkte Demokratie ist das beste Mittel gegen Aufstände.

14

Und die SVP kämpft und kämpft, nur gegen was eigentlich? Sie führt einen Kampf gegen sich selbst! Sie versucht mit Initiativen Ängsten entgegenzuwirken, die sie selber geschürt hat. Sie kämpft gegen die europäischen Menschenrechte, die erst nach der Annahme ihrer eigenen Initiative zum Problem wurden. Sie kritisiert fremde Richter, die erst von der SVP überhaupt zu fremden Richtern gemacht wurden. Irgendwann wird dann die Demokratie zum "Feind" werden, weil sie diesem Spiel ein Ende setzt.

82

Für was die "böse" SVP kämpft? Für das Schweizer Volk und unsere Rechte, für die direkte Demokratie. Und Ängste schüren solche Linken Propagandasendungen welche suggerieren wie das Volk verloren ist ohne den europäischen Gerichtshof und wie die SVP das personifizierte Böse sei.

66

Dann zählen Sie mir die positiven Auswirkungen der SVP-Politik auf das Schweizer Volk doch mal auf. Es sind doch genau die Auswirkungen der Initiativen dieser Partei, die das ganze System inklusive direkter Demokratie in Frage stellen. Würde die SVP die Menschenrechte in ihren Initiativen angemessen berücksichtigen, würde die direkte Demokratie niemals in Frage gestellt! So kämpft die SVP "nur" für den Prozentsatz der Wähler, die einer Initiative zugestimmt haben und nicht fürs Schweizer Volk.

56

---

Sven Hofer, Bülach

Freitag, 18.12.2015, 00:44

Danke Herr Grosswiler für die Frage. Leider kämpfen Leute wie ich gegen die Zensur beim Staatsfernsehen. Vielleicht hat aber das Linke SRG Einsicht, dass der Linke Freund Grosswiler doch eine Frage an mich hatte und ziemlich böse wäre, wenn ich ihm die Höflichkeit einer Antwort verwehre

9

---

Sven Hofer, Bülach

Freitag, 18.12.2015, 00:46

Die SVP kämpft für die direkte Demokratie wo Notabene jeder Ja oder Nein auch zu SVP-Initiativen sagen kann. Was daran schlecht sein soll, sagen Sie mir doch bitte. Und Gegenfrage erlaubt? Zählen Sie mir doch die positiven Auswirkungen ihrer Linken Politik und Parteien auf. Danke

22

---

Georg Grosswiler, Bern

Freitag, 18.12.2015, 08:53

Wieso verorten Sie mich gleich in der linken Ecke? Aber gut, an der direkten Demokratie ist absolut gar nichts schlecht. Sie ist meiner Ansicht nach einfach viel mehr als Initiativen, die unsere Regierung in zusätzliche Schwierigkeiten bringt. Es geht um konsensorientierte Lösungsfindungen, an denen alle Parteien/Landesteile usw. vertreten sind. An diesem Prozess beteiligen sich zumindest Teile der Linken. Diese Eigenschaft des Schweizer Systems hat unser Land dahin gebracht, wo wir heute sind.

42

---

Daniel Kälin, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 09:49

Herr Grosswiler, Sie bringen es auf den Punkt. Es kann nicht sein, dass vermehrt das Volk gegen gewählte (!) Regierung und Politiker aufgewiegelt wird. Das Problem der SVP-Politik ist, dass sie auf Konfrontation ausgelegt ist, weil ja angeblich alles so "aus dem Ruder läuft" oder Politiker angeblich gegen das Volk arbeiten. So wird das konsensgeprägte halb-direkt-demokratische System ausgehöhlt. Dass Sie hier gleich als "linker Freund" bezeichnet werden, passt sehr gut ins Bild.

33

---

Anja Scholz, Dulliken

Freitag, 18.12.2015, 11:40

Genau richtig, Herr Hofer. Es kann nicht sein. Dass Linke zusammen mit den Medien die Wutbürger immer gegen Andersdenkende aufwiegeln (gegen SVP-Sympathisanten, oder die demokratische Mehrheit im Volk) Die direkte Demokratie ist eine wichtige Errungenschaft. Und zwingendes Völkerrecht muss und tut eine Initiative schon Heute einhalten. Das vergessen die Linken und Gegner der direkten Demokratie.

5

---

D. Jango, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 16:47

@Grosswiler: Positive Auswirkung der SVP? Bsp: Wir sind nicht im Chaos-Klub EU. Weitere positive Eigenschaft der SVP-Politik? Sie nennt Probleme beim Namen, was uns erlaubt die Probleme frühzeitig anzupacken und möglichst zu vermeiden. Trifft insbesondere auf Aussen- und Migrationspolitik zu (siehe als Gegenbsp Deutschland). Es macht keinen Sinn Probleme in Abrede zu stellen bis sie unübersehbar werden. Man wartet auch nicht ab bis das Haus in Vollbrand steht und ruft erst dann die Feuerwehr.

4

---

Moritz Gschwend, Büron

Donnerstag, 17.12.2015, 23:10

Diese Sendung ist berührend und erschütternd! Ich mache mir Sorgen um unser Land und unsere politischen Errungenschaften, welche wir allzu leichtfertig aufs Spiel setzen. Es verletzt vielleicht unseren eigenen Stolz, aber es ist bestimmt wahr: "Das Volk ist nicht nur weise - vor allem aber ist es emotional." Ein wenig mehr Bescheidenheit und Respekt vor Autoritäten tut wahrlich not!

57

---

Sandra Siegenthaler, Winterthur

Donnerstag, 17.12.2015, 23:10

Zugegeben, diese Reportage ist sehr kritisch gegenüber der SVP und ihren Initiativen. Ich muss jedoch sagen, dass mir die meisten Aussagen der beiden porträtierten SVP-Politiker nicht überzeugten, weil sie wage formuliert wurden und überhaupt nicht konkret waren. Was bedeutet z.B. direkte Demokratie, wenn schlussendlich Richter der SVP über Einzelfälle entscheiden sollen? Und da komme ich zu meiner Frage: Dürfen Richter (egal ob am int. Gerichtshof oder in der Schweiz) einer Partei angehören?

20

---

Ramon Gfeller, Bern

Freitag, 18.12.2015, 00:07

@S.Siegenthaler: Bei der Wahl zum Bundesrichter ist die Parteizugehörigkeit sogar zentral. Die Anzahl Richter hängt von der Wählerstärke der Partei ab. Die Gesetzgebung ist ein politischer Prozess. Die Gesetzesauslegung und Anwendung, welche das Bundesgericht in Leitentscheiden prägt, ist auch alles andere als unpolitisch. Interessieren würde mich, ob es schon parteilose Bundesrichter gab?

9

SRF

Freitag, 18.12.2015, 09:27

Marc Bühlmann

Die Schweizer Judikative ist im Vergleich mit anderen Ländern ziemlich eigen. Das zeigt sich bereits bei der Gründung des Bundesstaates 1848, als das Bundesgericht noch keinen eigenen Sitz hatte und auf drei Jahre gewählte Bundesrichter nur nebenamtlich tätig waren und auch Mitglieder der Bundesversammlung sein konnten – von Gewaltentrennung also noch keine Spur. Das hat sich natürlich stark gewandelt, erstmals schon 1874, als das Bundesgericht in Lausanne angesiedelt wurde und vollamtliche Bundesrichter für sechs Jahre gewählt wurden. Bis heute wurde die Organisation des Gerichtes stark ausgebaut. Entscheide des Bundesgerichtes können an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) weitergezogen werden und das Bundesgericht ist verpflichtet, sein Urteil zu revidieren, falls der EGMR einen Verstoß feststellt. Im Unterschied zu anderen Ländern wählt das Parlament die Bundesrichter und ebenfalls im Unterschied zu anderen Ländern kennt die Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit. Es ist also nicht das Gericht, das von sich aus entscheiden kann, ob ein Gesetz (oder eine Initiative) der Verfassung widerspricht oder nicht. Die Oberaufsicht der Bundesversammlung über das Bundesgericht ist in der vergleichenden Forschung ein interessanter Aspekt. Zwar ist die Unabhängigkeit der Judikative in der Verfassung gewährt, zumindest aus theoretischer Perspektive kann aber die Gewaltenteilung hier durchaus hinterfragt werden. Grundsätzlich ist jede Schweizerin und jeder Schweizer zum Bundesrichter wählbar (wenn sie oder er nicht gleichzeitig ein anderes politisches Amt ausführt). In der Regel werden aber Personen gewählt, die eine juristische Ausbildung und entsprechende Erfahrung haben. In der Regel werden amtierende Richter bestätigt, wenn sie zur Wiederwahl antreten (was sie bis ins Alter von 68 Jahren dürfen). Ersatzwahlen werden von einer parlamentarischen Gerichtskommission vorbereitet, die Kandidierende entsprechend einem freiwilligen Parteienproporz aussucht. Das heisst: die Parteien (und die Sprach- und Landesregionen) sollen im Gericht entsprechend ihrer Fraktionsstärke vertreten sein. Bei einer Vakanz wird ausgerechnet, welche Partei aufgrund ihrer Wählerstärke untervertreten ist. Die Forschung weist hier auf eine relativ starke Politisierung der Richterwahlen hin. Im Vordergrund stehe nicht so sehr die Qualifikation einer Person, sondern die Parteizugehörigkeit. Ein historischer Überblick von Adrian Vatter (Das politische System der Schweiz, UTB 2013) zeichnet die Entwicklung der Sitzanteile der Parteien am Bundesgericht seit 1920

nach. Zu Beginn war es vor allem die FDP aber auch noch zahlreiche parteilose Richter, die im Bundesgericht vertreten waren. Ab 1955 gibt es keine parteilosen Richter mehr und die Zauberformel zeichnet sich auch im Bundesgericht ab. Die Vertretung vor den Wahlen 2015 war ziemlich proportional. Zur Unabhängigkeit der Judikative aufgrund parteilich gefärbter Richterwahlen durch die Bundesversammlung gibt es unterschiedliche Positionen. Auf der einen Seite wird hervorgehoben, dass die Wahl durch das Parlament (also indirekt durch die Bürgerinnen und Bürger) für eine hohe demokratische Legitimation sorgt und der Parteienproporz den Vorteil hat, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Werthaltungen auch in der Judikative adäquat vertreten sind und so politische Einseitigkeit vermieden werden kann. Auf der anderen Seite wird die Unabhängigkeit der Richter in Frage gestellt. Das Parlament wählt ja nicht nur die Richter, sondern ist auch für deren Entlohnung zuständig. Als stossend wird empfunden, dass parteilose Kandidierende, die sich für das Amt aufgrund ihrer juristischen Erfahrung und Ausbildung eignen würden, gar nicht zum Zug kommen. Auch geeignete Kandidierende mit „falscher“ Parteizugehörigkeit werden nicht gewählt. Ein weiterer Einwand ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger gar keine Parteibindung mehr haben und entsprechend im Gericht nicht oder nur unzulänglich vertreten werden. Zudem wird die Befürchtung laut, dass einzelne Richter bei politisch und gesellschaftlich umstrittenen Fällen einem Konformitätsdruck ausgesetzt sein könnten, also eher entsprechend ihrer Partei und weniger juristisch objektive entscheiden könnten. Die Wahl durch die Bundesversammlung führt auch aus einem anderen Grund auch zu einer Politisierung der Judikative. Bei Bestätigungswahlen haben in letzter Zeit häufiger so genannte Denkkettelwahlen stattgefunden. Einzelne Bundesparlamentarier streichen den Namen ihnen nicht genehmer Bundesrichter, was sich dann in einer tieferen Stimmenzahl zeigt. Eine Abwahl gab es aber bisher noch nie. Ob die zunehmende Politisierung der Unabhängigkeit der Judikative gut tut, sei dahingestellt. Allerdings zeigt eine international vergleichende Studie, dass die Unabhängigkeit der Judikative in der Schweiz de jure (also hinsichtlich der institutionellen Regelungen) zwar sehr schlecht ist (Rang 62 von 70 untersuchten Ländern), de facto (also die faktischen Entscheide) aber sehr wohl unabhängig entschieden wird (Rang 3 von 70 Ländern).

18

---

M.Müller, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 22:57

Ich finde es richtig, dass sich die SVP gegen die EU Flausen und die Einwanderung einsetzt. Doch Schweizer seid wachsam! Die SVP ist auch eine Oligarchenpartei welche das einfache Volk ausbeuten will z.B. Erbschaftssteuer usw. Wählen ist ein Recht in unserer Demokratie, damit verbunden ist auch die Pflicht, dass wir uns vor der Wahl über Pro und Contra reflektieren und zwar jenseits der Propaganda. Wer will was und wieso, was ist die Konsequenz, heute, in 5 Jahren? Das vermisse ich bei vielen!

---

 M.Müller, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 22:49

Die direkte Demokratie ist mit Sicherheit in allen Epochen die beste Regierungsform. Die Reporterin stellte die provokative Frage ob wir dann gegen eine Religion abstimmen könnten. Auch das ist zu befürworten. Wenn eine Religion unsere Gesetze nicht als oberste Achtet, dann ist diese imperialistisch und gefährdet uns. In solch einem Moment ist auch eine Religion nicht zu tollerieren. Wenn Sie wieder gemässigt ist, dann können wir das wieder anpassen. Wir müssen aber der Demokratie würdig sein!

---

 Bepie Hermann, Bern

Freitag, 18.12.2015, 06:39

Studien des Soziologen Koopmans am Wissenschaftszentrum Berlin belegen das sogar. Er untersuchte in DE, FR, NL, BE, Ö+SWE die Werte, welchen sich die muslimische Bevölkerung verpflichtet fühlt. Danach halten 65% religiöse Regeln für wichtiger als Gesetze.

---

 Daniel Kälin, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 07:42

Interessant ist, dass die SVPLer in dieser Sendung inhaltlich und faktisch nichts zu bieten hatten. Keine Antwort auf die Faktenlage, dass die allerwenigsten Schweizer Rechtsurteile überhaupt beanstandet werden. Nur wirres Geplapper auf die Frage, wo denn die Grenzen des Volkswillens wären (z.B. als Volkswille Abschaffung der Rechte für Homosexuelle, Verbot von Religionen, Wert der Verfassung, das Volk wählt einen Diktator u.v.m.). Aber das Feindbild "linke" Medien wird mal wieder bemüht.

Niemand stimmt über eine Religion ab. Es geht immer um Vorbehalte gegenüber des "politischen Islam", also deren Gesetze und Regeln, die die ganze Gesellschaft betreffen. Unsere Gesetze widersprechen dem politischen Islam fundamental (Familien- Straf-, Erb-, Sachenrecht, Paralleljustizforderung). Allerdings will das bei uns keiner wahrhaben - schon gar nicht die Medien.

8

diese Doku war noch der letzte Beweis, dass diesem tendenziösen, linken Staatstrojaner-Fernsehen der Geldhahn ein für allemal abgestellt werden oder zumindest mit aller Härte beschnitten werden muss. Ich werde der Billag-Initiative zustimmen- Nennen Sie sowas Ausgewogenheit? Auf Schritt und Tritt triefte die linke Gesinnung der Journalisten durch. Und für diese Staatsrechtsinitiative bin ich grad auch noch.

48

Was triefte denn genau? Die Aufbereitung purer Fakten über die jüngste politische Vergangenheit der Schweiz, oder der grosse Anteil an Redezeit, der zu Gunsten von SVP-Politikern wegging? Ich empfehle Ihnen Tele-Blocher, dann hören Sie genau das, was Sie wollen und es werden auch nie kritische Fragen gestellt. Genau so wie Journalismus Ihnen wohl in den Kram passen würde.

61

Super Herr Müller und herzlichen Dank. Damit ist alles gesagt. Sie sagen also für die Rechten ist TeleBlocher das gleiche wie für die Linke das SRF. Damit ist wohl über die Ausrichtung des SRF alles gesagt.

19

Genau richtig Herr Bolliger. Und wie vehement Linke diesen Staatssender verteidigen sagt auch alles über dessen Ausrichtung. Auch mit allem anderen haben sie recht. Danke

---

 Marlies Artho, Schmerikon

Donnerstag, 17.12.2015, 22:28

Fragt niemand weshalb es zu solchen Abstimmungen kommen kann. Vielleicht stand die Bekämpfung einer Partei im Vordergrund, weil sie sehr heikle Themen ansprach. Warum haben sich die verschiedenen Parteien nicht darum bemüht und die Hintergründe dieser heiklen Themen evaluiert und ausdiskutiert im Parlament, vielleicht wäre es dann nicht zu solchen Abstimmungen gekommen. Dazu braucht es aber die Akzeptanz aller Parteien. Durch Vorurteile wird die Sachbezogene Kommunikation behindert, resp. verhindert

22

---

 E. Waeden, Kt. Zürich

Freitag, 18.12.2015, 08:32

Zu Abstimmungen kommt es immer nur dann, wenn sich die Politiker/Parteien nicht einigen können. In diesem Jahr werden wir wie schon angekündigt von Referenden der SP/Grünen überhäuft werden. Gut, hat dann das Volk das letzte Wort & Uneinigkeiten unter Parteien ziehen sich nicht ins Endlose wie z. B. in Ländern der EU & in Brüssel, wo dann anstehende Probleme zu Endlosschlaufen werden, wertvolle Zeit dadurch verloren geht & Politiker sich gegenseitig im Weg für gute Lösungen stehen.

4

---

 Edwin Stoll, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 22:21

Ich finde, wir sollten der SVP dankbar sein, dass sie sich wie keine andere Partei für die Demokratie unseres Landes einsetzt. In diesem Film haben mich die sowohl die SVP-Gemeinderätin aus Aarburg als auch Herr Nationalrat Alfred Heer am besten überzeugt. Alle anderen vermochten mich nicht zu überzeugen. Wir müssen unbedingt schauen, dass wir Brüssel nicht den kleinen Finger geben, sonst nimmt er noch die ganze Hand. Die Schweiz muss eigenständig bleiben!

40

---

 Daniel Kälin, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 07:46

Die Dame aus Aarburg ist ständig auf dem Glatteis, auf das sie sich begab, ausgerutscht und hingeflogen. Sie hatte keine Antwort darauf, dass FAKTISCH kaum Rechtsentscheide aus der Schweiz beanstandet werden. Sie wusste nichts zu erwidern auf die Frage, ob denn das Volk wirklich alles entscheiden darf (egal wie menschenverachtend), und sie war an Peinlichkeit bei dem

Gefängnisinterview nicht zu überbieten (bzgl. der Einbürgerungs- und Verhältnismässigkeitsfrage). Und das finden Sie gut?!

27

---

Christof Bernhart, Wildhaus

Donnerstag, 17.12.2015, 22:21

eine Hetze gegen die direkte Demokratie, die Richter wissen es also besser als das dumme Volk, die nur von Angst beherrscht ist. Die tun so, als wären wir ein Obrigkeitsstaat, wie die andern Länder in Europa

50

---

Emilio Reist, Bern

Donnerstag, 17.12.2015, 22:12

Gegen eine Diskussion über die (Grenzen der) direkte(n) Demokratie gibt es nichts einzuwenden. Allerdings halte ich es für inkompetente journalistische Arbeit eines Staatssenders die Diskussion mit so einer solch tendenziösen Doku loszutreten. So werden die Weichen von Beginn an auf Konflikt gestellt.

29

---

Joe Aliassa, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 22:01

Unfassbar - wenn linke Journalisten den Willen des Volkes, den SOUVERÄN in Frage stellen. Krasse Selbstüberschätzung oder nur lächerlich?

47

---

 SRF

Freitag, 18.12.2015, 00:38

Marc Bühlmann

Die FORMALJURISTISCHE Antwort auf diese Frage lautet: grundsätzlich ja, solange die Initiativforderung nicht die Ungültigkeitsregeln verletzt (Verstoss gegen zwingendes Völkerrecht, Verletzung der Einheit der Materie). Es ist das Parlament, das entscheidet, ob ein Volksbegehren gültig ist oder nicht. Weil dieser Entscheid überaus politisch ist (auch wenn er natürlich von Juristen gestützt wird, wobei es auch unter Juristen sehr unterschiedliche Meinungen geben kann), ist das Parlament mit Ungültigkeitserklärungen sehr, sehr zurückhaltend. In den letzten rund 130 Jahren wurden gerade mal vier Initiativbegehren für ungültig erklärt, obwohl praktisch jedes Begehren hinsichtlich der Einheit der Materie diskutierbar wäre. „Einheit der Materie“ bedeutet, dass das Begehren nicht zwei verschiedene Ziele haben darf. Das zeigte sich etwa schön bei der (für gültig

befundenen) Ecopop-Initiative. Das Bevölkerungswachstum sollte durch Einwanderungsstopp und Finanzierung von Verhütung gebremst werden. Bürger A kann sehr wohl gegen Einwanderung sein, aus religiösen Gründen aber Verhütung ablehnen. Dieser Bürger kann also nicht mit Ja oder Nein entscheiden, weil die Vorlage das nicht zulässt. Die Ecopop hätte also aufgrund des Verstosses gegen die Einheit der Materie als ungültig erklärt werden können. Aus formaljuristischer Perspektive darf das „Volk“ also über alles abstimmen, was vom Parlament nicht für ungültig erklärt wird. In nächster Zeit wird das Parlament übrigens darüber diskutieren, ob die Ungültigkeitsregeln ausgebaut werden sollen. Interessant wird sein, ob das Parlament hier mehr Verantwortung übernehmen will. Die POLITISCH-PHILOSOPHISCHE Antwort fällt je nach Position sehr unterschiedlich aus. Es gibt extreme Positionen, die der Bürgerschaft jegliche Kompetenz für politische Entscheide absprechen, weil sie nicht fähig sei, rational zu entscheiden. Hier dürfte das „Volk“ also über gar nichts abstimmen. Andere Positionen sprechen sich dafür aus, dass einzelne sensible Bereiche nicht antastbar sein dürfen (z.B. Menschenrechte). Wieder andere Positionen verlangen, dass es keinerlei Einschränkung gibt. Hier müsste dann allerdings der Einwand diskutiert werden, was mit einer Abstimmung zur Abschaffung der direkten Demokratie geschehen würde.

19

---

Chrigu, Bern

Donnerstag, 17.12.2015, 21:55

Schon interessant wie ein staatlich finanziertes TV-Institut so einen tendenziösen und parteipolitisch motivierten Beitrag bringen kann. Letztendlich ist es die Aufgabe der SGR neutral zu informieren, nicht anti SVP-Parolen zu propagieren (wie es in Vergangenheit leider vermehrt vorkommt). Ich empfehle "Schuster bleib bei deinen Leisten", ansonsten dürfte es bald in den Händen privater Institutionen liegen, die Medienlandschaft zu gestalten.....

76

---

Andrée Darphin, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:37

Unfassbar - wenn linke Journalisten den Willen des Volkes, den SOUVERÄN in Frage stellen. Krasse Selbstüberschätzung oder nur lächerlich?

66

---

Janic Stalder, Thun

Donnerstag, 17.12.2015, 22:16

Darf das Volk über alles abstimmen?

20

---

R. Steiner, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 22:28

Herr Stalder. Auch dieser Punkt wurde in der Propaganda-Dok falsch suggeriert. Schon Heute darf das Volk nicht über alles abstimmen. Todesstrafe oder Abschaffen von Medien. Es gibt das zwingende Völkerrecht und jede Initiative welche diese ritzt wird als unglücklich erklärt!

25

---

S. Krähenbühl, Bern

Donnerstag, 17.12.2015, 23:14

Herr Steiner; Ausschaffungsinitiative, Durchsetzungsinitiative, Minarettinitiative, Verwahrunginitiative, das geplante Burka-/Vermummungsverbot, um ein paar Beispiele zu nennen - all diese Initiativen sind umstritten bezüglich Völkerrecht, Religionsfreiheit etc.. Die SVP lanciert Initiativen in rechtlicher Grauzone. Da wird nichts falsch suggeriert, sondern der wachsame Bürger muss sich informieren und kritisch hinterfragen, in welche Richtung diese Partei das Land effektiv führen will.

29

---

Sven Hofer, Bülach

Donnerstag, 17.12.2015, 23:26

S. Krähenbühl Falsch. All das widerspricht nicht dem zwingenden Völkerrecht, auch wenn es suggeriert wird. Höchstens dem nicht zwingenden. Doch es wurde falsch suggeriert, da nicht über Minarett etc. geredet wurde sondern von Todesstrafe und Abschaffen der Medien. Oder wie inländische Richter auch verboten werden sollen mit dieser Initiative

15

---

Andreas Müller, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 06:19

Ich sehe das anders. Dieser Film zeigt, dass Exponenten der SVP offenbar selbst die Schranke des zwingenden Völkerrechts für unnötig erachten. Das muss zu denken geben.

21

---

Barbara Flick, Winterthur

Donnerstag, 17.12.2015, 21:31

Die einzige Minderheit in der Schweiz sei die SVP (A. Heer). Wogegen glaubt sich die SVP behaupten zu müssen? Spielt Angst vor Veränderung eine Rolle? Ich meine damit die Tatsache, dass sich das Leben gewandelt hat: Autoritätsverlust von Institutionen, Selbstbild der Frau, Konfrontation mit fremdem Kulturgut, Anonymisierung des Lebens, Globalisierung, Verlust der Identität usw. Also könnte Angst vor zu schnellen, überfordernden Veränderungen ein Grund für das "Minderheitengefühl" der SVP sein?

19

---

Sven Hofer, Bülach

Donnerstag, 17.12.2015, 23:28

die einzige Minderheit war auch mehr ein Spruch. Aber die SVP ist eine Minderheit. Und ja immerhin die einzige Minderheit gegen die alle linken Medien daurnd austeilen. Oder können Sie mir sagen wann andere Minderheiten jemals eine solche Propagandasendung gegen sich erdulden mussten? Ich bin gespannt, wann gabs sowas mal ...hmh sagen wir über die Minderheit SP?

9

---

 SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 23:47

Marc Bühlmann

Die SVP wird in der Regel als konservative Partei bezeichnet. Konservativ ist nicht negativ, sondern in einem philosophisch-politisch ideengeschichtlichen Sinne gemeint. Konservativ heisst bewahrend. Die SVP setzt sich also dafür ein, dass Veränderungen und Reformen gar nicht oder zumindest nicht zu rasch einsetzen. Wandelt sich die Umwelt, kann dies unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Auf der einen Seite kann man versuchen, sich gegen Wandel zu wehren und an Traditionen festhalten. Auf der anderen Seite kann man versuchen, sich dem Wandel zu stellen, ihn mit zu verändern und etwas daraus zu gewinnen. Diese beiden Reaktionen (in Tat und Wahrheit gibt es vermutlich noch ganz viele andere) werden von unterschiedlichen Parteien bearbeitet (die Aufgabe von Parteien ist es, Werte und Präferenzen zu bündeln, zu organisieren und in die politische Arena zu tragen). Die SVP scheint mit der Organisation der konservativen Reaktion rund ein Drittel der Wählerschaft anzusprechen.

11

---

S. Krähenbühl, Bern

Freitag, 18.12.2015, 00:27

Herr Hofer; wenn ein TV-Sender, der notabene gemäss Bundesverfassung zur Aufgabe hat, zur Meinungsbildung beizutragen, keine Recherchen mehr betreiben darf, politisch heikle Themen nicht mehr genau analysieren und zu umstrittenen Fragen und Problemen keine kritischen Sendungen mehr

ausstrahlen darf, dann weiss ich auch nicht, was dies noch mit Demokratie zu tun haben soll. Und dabei geht es nicht um links oder rechts, sondern um Recherche, Informationen und fundierten Journalismus.

24

---

Barbara Flick, Winterthur

Freitag, 18.12.2015, 06:15

Zur Antwort von Herrn Bühlmann: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen“ (chinesisches Sprichwort). -Beide Reaktionen sind verständlich und menschlich. Nur geraten sich die Mauern- und die Windmühlenbauer manchmal in die Quere.

10

---

Vreni Haldi, Fällanden

Donnerstag, 17.12.2015, 21:29

Wieso kümmern sich die Medien so wenig um die Tatsache, dass oft weniger als 50 Prozent der Stimmberechtigten an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen? Wieso ist die Stimmbastinenz so verbreitet? Es wäre höchste Zeit, dass sich die Medien vermehrt diesem Problem annehmen würden. Die SVP spricht immer das "Volk" hat es so bestimmt, dabei ist das eine Minderheit auf die Zahl der Stimmberechtigten gesehen. Vielen ist der Hickhack der politischen Parteien ein Greuel, sie wenden sich ab.

16

---

 SRF

Freitag, 18.12.2015, 00:23

Marc Bühlmann

Verschiedene Untersuchungen zu Wahlen und Abstimmungen zeigen, dass es sehr unterschiedliche Motive gibt, der Wahl- und Abstimmungsurne fernzubleiben. So gibt es zwar durchaus politikverdrossene Nichtwähler (die machten laut einer neueren Analyse bei den Wahlen 2011 rund 16% aus), ein grosser Teil der Abstinenten (rund ¼) sind aber mit der Politik zufrieden und gehen aus Desinteresse nicht abstimmen oder wählen. Ein weiterer Typus geht nicht wählen, weil er politischen Einfluss auf alternative Weise (z.B. mittels Abstimmungen, Demonstrationen, etc.) wahrnimmt. Problematischer sind die Nicht-Partizipierenden, die sich als zu wenig kompetent einschätzen und deshalb der Urne fern bleiben. Hier liegt die praktisch inexistente politische Bildung in Anbetracht unseres doch sehr komplexen politischen Systems ziemlich im Argen. Andere Studien zeigen auch, dass es nicht immer die gleichen sind, die Abstimmungen fern bleiben, sondern dass sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger durchaus auch selektiv an Abstimmungen beteiligen – also dann teilnehmen, wenn sie es für besonders wichtig halten. Die Frage, was „das Volk“

ist, ist komplex. Grundsätzlich sollte das Parlament bei der Umsetzung einer Initiative wohl die gesamte Bevölkerung im Auge behalten; also nicht nur die Ja-Mehrheit, sondern auch die Nein-Stimmenden und die Abstinenten. Das Parlament ist dafür deshalb die am besten geeignete Institution, weil es – zumindest theoretisch – ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung sein sollte.

13

---

Raphael Colombo, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:26

Gegen Ende dieses Dokumentarfilms liess Alfred Heer die Katze ja aus dem Sack, als er bemerkte, das Ziel wäre, nur SVP-Richter zu installieren. Als Witz war das wohl nicht gemeint. Wenn diese "Selbstbestimmungsinitiative" (schöner Titel, verfängt bei Politikverdrossenen und Wutbürgern sicherlich perfekt!) angenommen wird, hat die direkte Demokratie definitiv ausgedient.

38

---

 SRF

Freitag, 18.12.2015, 00:19

Marc Bühlmann

Im internationalen Vergleich ist es in der Tat ziemlich einzigartig, dass in der Schweiz die Richter vom Parlament nach freiwilligem Parteienproporz gewählt werden. Über die Bezeichnung von Initiativen gab es auch in der Vergangenheit schon zahlreiche Diskussionen bis hin zur Forderung, dass ein unabhängiges Komitee oder das Parlament die Bezeichnung vergeben solle. Bisher gibt es aber kaum Regeln, wie ein Titel einer Initiative zu gestalten ist. Ich bin skeptisch, ob die Initiative lediglich bei Politikverdrossenen und Wutbürgern ankommt. Wahrscheinlich herrscht hier bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern ein Unbehagen, das von der SVP doch recht geschickt organisiert wird. Die Frage wird vor allem auch sein, ob und wie die anderen Parteien es schaffen, mit alternativen Argumenten diesem Unbehagen zu begegnen.

9

---

Remo Staub, Aarau

Donnerstag, 17.12.2015, 21:26

Habe nun den Film auch gesehen. Ansich ein interessantes Thema. Ich selber bin ein bisschen "hinundheigerissen". Zum einen Teil habe ich die gleiche Meinung wie die SVP, zum Anderen nicht. Ich bin z.B. definitiv nicht gegen "Fremde Richter". Uns geht es einfach zu gut, um diese zu Beanspruchen. Der Beitrag kommt nicht ganz neutral rüber. Alfred Heer wird mehrmals hinterfragt. Die parteilose, aber eher linksorientierte Dame erhilt eher Zuspruch, in dem man ihr nie widersprach.

Frage: Inwiefern können die sozialen Medien heute und zukünftig eine Tyrannei der Volksmehrheit unterstützen?

3

SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 23:46

Marc Bühlmann

Medien sind wichtiger Bestandteil in einer Demokratie. Man kann darüber streiten, ob sie eine Kontrollfunktion (so genannte vierte Gewalt) ausüben oder ob sie dazu beitragen, verschiedenen auch missliebigen Positionen zum Durchbruch zu verhelfen. Dies, weil sie aus einer ökonomischen Logik (also um die Auflagezahlen zu sichern) eher Informationen mit viel Newswert (Sensationen, Emotionen, Personen) verbreiten statt objektiv zu berichten – so die entsprechende Behauptung. Letztlich entscheidender ist, wie die Leserinnen und Leser eine Medienbotschaft wahrnehmen. Auch hier gibt es unterschiedliche Thesen: eine eher elitistische Position geht davon aus, dass sich Meinungen fabrizieren lassen, dass Bürgerinnen und Bürger sich also beeinflussen lassen. Eine eher liberale Position geht davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl fähig sind, Medienmitteilungen rational zu verarbeiten. Die Realität dürfte komplexer sein und sich wohl irgendwo zwischen diese beiden Extrempositionen befinden. Die neuen sozialen Medien dürften aber letztlich genau so viel (oder so wenig) zu (un)demokratischen Entscheiden beitragen, wie die herkömmlichen Medien.

4

Wie akzeptiert und entscheidet das Gericht "Europäisches Menschenrecht" in einzelnen Ländern mit diversifiziertem Kulturgut. Länder wie Russland, Türkei, Portugal oder spezifisch dem Vatikan ? Warum ist das Menschenrecht im weiteren Sinn die Sozialhilfe nicht International geregelt oder zumindest international angeglichen? Der Film macht es in sich zur Darstellung den zuschauern ein "SVP böse Welt" zu suggerieren. Wo bleibt der Anschluss-Film wo die Schweiz wäre wenn es keine SVP geben würde?..

30

SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 23:44

Im Grunde sind Nationalstaaten frei, zu handeln, wie sie wollen. In der Politikwissenschaft spricht man von „anarchischen Beziehungen“. Diese Anarchie führte noch im letzten Jahrtausend zu zahlreichen zwischenstaatlichen, kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Zweite Weltkrieg führte hier aber zu einem Umdenken und zum Versuch, diese anarchischen Beziehungen zu verrechtlichen. Internationale Standards wie Menschenrechte aber vor allem auch wirtschaftliche Standards sind immer häufiger Gegenstand von bilateralen oder multinationalen Verhandlungen. Die Frage ist, ob diese „Verrechtlichung der Anarchie“ letztlich dazu führt, dass es irgendwann keine Nationalstaaten mehr geben wird – eine entsprechende demokratietheoretische Vorstellung spricht von globaler Demokratie – oder ob sich die einzelnen Staaten vermehrt wieder auf sich selber konzentrieren und sich um internationale Standards füttern – wie dies etwa Russland mit einem kürzlich eingeführten Gesetz getan hat, das der russischen Regierung erlaubt, sich nur sehr selektiv an Urteile des Menschengerichtshofes zu halten. Kritiker befürchten, dass dies negative Auswirkungen für aktive Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der demokratischen Opposition oder missliebige Nichtregierungsorganisationen haben könnte.

3

---

H. Schmid, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:16

Eine Szene zeigt: SVP-Gemeinderätin sammelt Unterschriften, indem sie ungenau oder sogar falsch informiert. Leute aus dem Volk können danach nicht richtig Auskunft darüber geben, was oder weshalb sie genau unterschrieben haben. Helen Keller (Schweizer Richter am Europarat) sagt richtig: Das Volk ist nicht immer weise, vor allem aber emotional, und Parteien wissen dies für sich zu nutzen. Gefährliche Tendenzen.

45

---

Hans Vader, Luzern

Donnerstag, 17.12.2015, 21:30

Das stimmt, solange hier nicht irgendjemand vom Volk ausgeschlossen wird. Auch Richter, Gesetzgeber, Beamten etc. gehören zum Volk und unterliegen diesen menschlichen Schwächen. Dies sei erwähnt, damit man ja nicht zum Glauben kommt, dass der Richter beispielsweise ein besseres Verständnis oder eine bessere Vernunft hat.

24

---

H. Schmid, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:42

An Hans Vader, Luzern: Einverstanden, auch Richter sind Menschen. Ich würde Richtern aber dennoch eine gewisse Professionalität und Kompetenz zusprechen (übrigens auch Juristen der SVP). Gefährlich aber ist, anzunehmen, dass Volk sei stets weiser. Oftmals sind die Leute schlicht zu faul, sich richtig zu informieren. Und die SVP hat die Stärke, simpel und sog. volksnah zu kommunizieren. Fachleute braucht es in jedem Bereich, ob Sanitär oder Neurochirurg.

31

---

Andrew Ilmes, St. Gallen

Donnerstag, 17.12.2015, 21:55

Unterschriften kommen sicherlich aus unterschiedlichen Motiven zusammen und nur mit einer Masche kann man nicht 100'000 sammeln. Wie man im Beitrag aber erahnen kann, reicht oft einfach ein roter Flyer mit den Worten -Freiheit-, -Kriminelle Ausländer ausschaffen-, -Wohlstand erhalten- und einem Schweizer Kreuz und schon sind viele Wähler übertölpelt und würden sogar FÜR Walfang und die Todesstrafe gleichzeitig stimmen, einfach weil nicht hinterfragt wird. Marketing in der Politik, SVP weiss wie.

18

---

Hans Vader, Luzern

Donnerstag, 17.12.2015, 22:37

@H. Schmid Zürich: Bezüglich der Gefährlichkeit bin ich mir da nicht sicher. Natürlich könnte es eine Herrschaft der Dummen bedeuten, aber wenn man die Herrschaft stärker konzentriert, also beispielsweise den Richtern mehr Kompetenzen gibt, so ist dies stets schlimmer. Je konzentrierter die Macht ist, desto eher führt dies auch zu Machtmissbrauch. Um in Freiheit zu Leben, muss man die Macht möglichst verteilen, auch wenn dies bedeutet die Dummen zu beteiligen.

12

---

Christian Hofstetter, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:14

Jetzt reden gewisse Kommentarschreiber bereits wieder von SVP-Bashing. Das andere ist richtig. Alfred Heer hat eine Plattform bekommen, in der er seine ganze Aversion gegen Europa und ihre fremden Richter kundtun konnte. Das ist kein Bashing sondern die Wahrheit über das Gedankengut der SVP. Und dieses ist derart reaktionär, dass einem Angst und Bange werden kann. Die SVP will die Justiz disziplinieren und dabei soll ihr ein dilettierender Souverän Pate stehen. Mir graut davor.

38

Soweit ok, aber das Volk sollte weise die Politik disziplinieren, denn die Politik generiert unmoralische Gesetze welche zu Unrecht führen aber durch die Politik über die Gerichte zu Recht erklärt werden, z.B. sozialisieren von Bänksterbussen, AKWs mit ungenügender Versicherung u. Generationenbetrug, Ausbeuten vom Volk = Vermögensumschichtung ( wir wollen das!) usw. Volksentscheide haben einen Wert wenn die Qualität haben. Viele gehen zur Urne mit 0 Ahnung, das ist Demokratie unwürdig.

7

Ich habe den Dok interessiert verfolgt. Falls das Volk, d.h. jeweils die Mehrheit all unsere hart erarbeitete demokratischen Rechte & Pflichten abschaffen kann, werden als Konsequenz in Zukunft alle Minderheiten überstimmt. Es gibt also keinen Schutz mehr der Minderheiten. Vielleicht kommt dann mal auch eine Volksinitiative, welche alle Menschen mit braunen Haaren ausschaffen will. Ja, diese Initiative und was dahinter steckt ist gefährlich. Ade Demokratie!

29

Sehen Sie es positiv es könnte auch nur eine kleine Minderheit darüber entscheiden. Aber Sie haben recht der Faktor der Herrschaft und deren Willkür müssen möglichst eingegrenzt werden.

4

Wer genau hinschaut sieht, dass sich diese Vertreter der angeblichen "Minderheit" (Zitat Heer) ganz eigenständig in das Licht rücken, in dem sie nun betrachtet werden. SRF filmt nur und zeigt die Realität bzw. was diese Leute als ihre Realität erachten. Die SVP kann mit differenzierten Argumenten im Parlament nicht mithalten, und will darum DAS VOLK mit Platitüden und den Instrumenten der direkten Demokratie ihre Ziele "erstimmen" lassen. Spannende Sendung, danke SRF.

37

Wir zählen uns beileibe nicht zu den SVP Stammwählern. Aber diese zahlreichen unterschwelligen Seitenhiebe im Gespräch in der an sich interessanten Sendung - sind sie wirklich nötig? Bringt SRF es nicht fertig, mit unseren Steuergeldern eine meinungsneutrale Arbeit hinzulegen? Die Linkslast der eingebrachten Meinungen (die brünette Studentin und die Rechtsprofessorin) war beinahe schon unerträglich. Besser ist möglich.

88

---

Raphael Colombo, Zürich

Donnerstag, 17.12.2015, 21:32

Haben wir den gleichen Film gesehen? Herr Heer und Frau Bircher hatten doch mindestens soviel Redezeit.

34

---

Hans Vader, Luzern

Donnerstag, 17.12.2015, 21:06

Warum werden immer nur herrschaftliche Organisationssysteme betrachtet und verglichen? Die Idee von Herrschaft war immer verantwortlich für Misere der Menschheit und hat nie wirklich zur Freiheit geführt. Warum kommt man nicht zur Überlegung es ohne Herrschaft zu versuchen. Warum wird nie eine echte Demokratie [Die Schweizer Demokratie ist selbst bei der Landsgemeinde keine Demokratie] versucht?

4

---

 SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 23:43

Marc Bühlmann

Diese Forderung passt gut zur so genannten partizipatorischen Demokratietheorie. Die radikale Vorstellung dieser Demokratieidee ist, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger versammeln, um gemeinsam über anstehende Probleme zu diskutieren und Lösungen zu finden. Gegen diese Idee werden von der so genannten „realistischen Demokratietheorie“ zahlreiche Kritiken vorgebracht. Der Mensch sei nicht fähig für vernünftige Entscheide, und wenn, dann hätte er gar nicht Zeit und Musse für solche Versammlungen, die zudem ja zu zahlreichen Themen und Problemen geführt werden müssten. Die sehr spärlich besuchten Gemeindeversammlungen in jenen Gemeinden, die diese Institution noch kennen, scheinen letztem Argument recht zu geben. Allerdings hat die partizipatorische Idee auch Verteidiger: Zwar braucht er Zeit und Interesse, ein partizipatorisch zustande gekommener Entscheid dürfte aber von hoher Qualität sein. Beim Beispiel Gemeindeversammlung hiesse das also, dass nicht die Höhe der Beteiligung wichtig ist, sondern die Art, wie ein Entscheid zustande kommt. Die schiere Möglichkeit, mit Argumenten Entscheide beeinflussen zu können, macht einen Entscheidungsprozess auf jeden Fall

legitimer. Im Prinzip bietet das semidirektdemokratische System zumindest teilweise die Möglichkeiten der partizipatorischen Idee (direktdemokratischer Bestandteil mit Referendums- und Initiativrecht), nimmt aber auch die Kritiken daran ernst (repräsentativer Bestandteil mit Parlament, das unter anderem auch dafür sorgt, dass nur über wichtige und nicht über alle Entscheide partizipatorisch entschieden wird).

4

---

rolf schneider, uetendorf

Donnerstag, 17.12.2015, 21:06

Warum kann "unser" TV nicht neutral berichten ganze sendung nur anti SVP sehr schade.

62

---

Stephan Ebnöther, Volketswil

Donnerstag, 17.12.2015, 20:28

Selten so einen tendentiösen Bericht gesehen; konsequent inkl. Bildsprache. Das fällt sogar, der alles andere als SVP affin ist, auf. Das ist zum Grossteil Billag-finanziertes SVP Bashing.

89

---

andré zuber, adelboden

Donnerstag, 17.12.2015, 20:07

Links wie Rechtsausen steuern nach meiner Meinung immer eher einer Diktatur als einer Demokratie zu, zur heutigen Zeit steuert die Recht ziemlich direkt auf ihren eigenen Machtanspruch zu, ohne Rücksicht auf Verluste. Es ist wie mit Versicherungen mit der Angst fängt man Mäuse und damit kann das Volk am besten beeinflusst werden. Wo ist da die Vernunft, wo sind die Diskussionen im Volk es gib nicht nur ein Ja oder Nein. Wie heisst es so schön wert den Anfängen.

5

---

Hans Vader, Luzern

Donnerstag, 17.12.2015, 21:09

Alle Parteien oder Parteipositionen innerhalb dieses links-rechts, liberal-konservativ Schemas haben eine Diktatur zum Ziel zum Ziel , der einzige Unterschied liegt in der Ausgestaltung der Macht. Für wahre Freiheit muss man jenseits dieser Strukturen schauen.

4

Marc Bühlmann

In Demokratien ist es die Aufgabe von Parteien, Einstellungen und Meinungen zu bündeln und in der politischen Arena zu vertreten. Über die Art und Weise, wie sie das tun sollen, gibt es unterschiedliche Positionen. Auf der einen Seite wird verlangt, dass in der Politik nur mit rationalen, also von der Vernunft angetriebenen Argumenten verhandelt werden darf. Auf der Basis dieser Position könnte deshalb konsequenterweise gefordert werden, dass nur noch Sachverständige Politik betreiben dürfen. Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger würde sich auf die Wahl dieser Sachverständigen beschränken. Auf der anderen Seite werden auch Emotionen (inkl. Angst) als wichtige Bestandteile politischer Diskussionen akzeptiert. Viele Handlungen von Menschen beruhen auf Emotionen (Liebe unter Sachverständigen dürfte die Ausnahme sein...). Auch in der Politik – so diese Position – soll man mit dem Bauch entscheiden können. Das semidirektdemokratische System der Schweiz lässt beide Positionen zu – mehr noch, sie kontrollieren sich gegenseitig. Etwas salopp formuliert haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Zeit, sich als Sachverständige zu beweisen, während Volksentscheide vielleicht ab und zu auch etwas emotionale Schlagseite haben. Solange beide – Parlament und Bürgerschaft – zum Zug kommen und sich gegenseitig in Schach halten, dürfen Vernunft und Angst mitentscheiden.

8

m.mitulla, wil

Donnerstag, 17.12.2015, 20:05

Die EU marschiert direkt auf eine Diktatur zu. Die Macht sitzt in Brüssel und Strassbourg, die Menschen verkommen zu "human resources", die für kleine Löhne ihre Arbeit dort verrichten, wo die Arbeitsbedingungen am schlechtesten sind, sodass die internationalen Konzerne möglichst hohe Gewinne einfahren können. Die Schweiz ist das einzige Land der Welt, in dem das Volk das wichtige Entscheidungen selber treffen kann. Bis heute waren die Entscheidungen immer klug und weitsichtig.

63

Hans Vader, Luzern

Donnerstag, 17.12.2015, 21:13

Kluge Entscheidungen sind wohl Ansichtssache. Ich Frage mich nur, wie der Stimmbürger immer wieder gegen sich selber und seine Rechte stimmen konnte.

21

Marc Bühlmann

Die Globalisierung und Internationalisierung führt dazu, dass Entscheide im Land A immer stärker auch Land B, C und D beeinflussen. Das kann durchaus als stossend empfunden werden, insbesondere, wenn Land B, C und D sich nicht unmittelbar gegen einen Entscheid wehren können. Beispiel: Soll Land A ein Atomendlager unmittelbar an der Landesgrenze zu B und C bauen dürfen? Theoretisch gibt es gegen die Globalisierung zwei extreme Möglichkeiten: Entweder die Länder A, B, C und D setzen sich zusammen und versuchen auf supranationaler Ebene gemeinsame Lösungen zu finden oder die einzelnen Länder ziehen sich zurück und konzentrieren sich auf sich selber. Die Kunst dürfte sein, irgendwo zwischen den beiden Extremen eine Lösung zu finden. Es ist nicht ganz richtig, dass die Schweiz das einzige Land ist, in dem die Bürgerinnen und Bürger Entscheide selber treffen können, aber in keinem anderen Land ist dieses Recht derart umfassend. Je nach Position kann man durchaus der Meinung sein, dass Volksentscheide klug und weitsichtig sind. Ein schönes Beispiel ist das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), bei dem in den 1990er Jahren für viele Befürworter eine Welt zusammenbrach. Befürworter, die in der Folge die bilateralen Verträge als Königsweg bezeichneten. Allerdings darf man nicht vergessen, dass verschiedene Akteure die Volksentscheide (mehr oder weniger) klug interpretierten. Ein Volks-Nein oder ein Volks-Ja wird in der Regel vom Parlament, Parteien, Interessenorganisationen, der Regierung, der Judikative, etc. diskutiert und interpretiert und in einen Umsetzungsvorschlag gegossen, der dann wiederum umgestossen, neu diskutiert, neu entschieden wird. Kluge und weitsichtige Entscheide werden also durchaus auch zu solchen geformt.

9

M.Müller, Zürich

Freitag, 18.12.2015, 08:37

@Bühlmann, gutes Beispiel. Doch wer gibt den Ländern das moralische Recht heute Schäden zu installieren welche viele Generationen nach uns finanzieren müssen, gerade im Thema Kernenergie, Umwelt u. Finanzschulden. Die Politik macht Gesetze und die Richter führen Sie aus egal wie die Moral dahinter ist. Wir haben eine morallose Welt welche nur für den Profit von Wenigen ist. Solange das so ist, wird Krieg herrschen. Ohne Rat der Weisen werden wir unsere Sozialkompetenz nicht weiter Endwickeln.

9

Christine Wieland-Trachsel, Scherliau

Donnerstag, 17.12.2015, 19:54

Mich nimmt Wunder, wie die Politikwissenschaft "das Volk" definiert. Zu unserem Volk in der

Schweiz zählen unzählige minderjährige, geistig behinderte, noch nicht eingebürgerte und andere nicht stimmberechtigte Menschen. Wir alle prägen das Leben in diesem Land. Gemeinsam. Befremdend deshalb für mich, dass so oft auf den "Volkswillen" verwiesen wird, wenn ja gar nicht alle Mitbürgerinnen und Mitbürger einbezogen worden sind, weil Viele gar kein Anrecht haben mitzureden.

16

---

SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 22:01

Marc Bühlmann

Das ist immer so eine Sache mit Definitionen; die sind nie wahr oder falsch, sondern immer nur mehr oder weniger nützlich. DIE Definition von Volk gibt es deshalb nicht. Eine JURISTISCHE Antwort wäre: das Volk, das in der Politik mitentscheiden darf, besteht aus allen mündigen, über 18-jährigen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. Vor rund 45 Jahren bestand das Volk in der Schweiz nur aus Männern (im Kanton Appenzell Innerrhoden gar bis in die 1990er Jahre). Vor 100 Jahren vergaben viele heute demokratische Staaten das Wahlrecht nur vermögenden Männern, etc. Was „das Volk“ also ist (oder sein soll), ist auch abhängig vom historischen und kulturellen Kontext. Es gibt verschiedene PHILOSOPHISCHE Ideen, die z.B. zum „Volk“ nicht nur alle Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes definieren würden (also auch alle Kinder, Migrantinnen und Migranten, etc.) sondern sogar auch zukünftige Generationen mit einbinden würden. Diese Position geht davon aus, dass an einem politischen Entscheid mittragen können soll, wer von diesem Entscheid betroffen ist. Schliesslich gibt es auch zahlreiche POLITISCHE Definitionen von Volk. Eine Partei oder eine Interessengruppe, die eine Initiative lanciert, die an der Urne angenommen wird, versteht unter „Volk“ wahrscheinlich die Urnenmehrheit, wobei die unterlegene Partei wohl auch die Minderheit dazuzählen würde.

15

---

Christine Wieland-Trachsel., Scherliau

Donnerstag, 17.12.2015, 23:22

Besten Dank Marc Bühlmann für die sachliche und umfassende Antwort!

8

---

Karl Sigg, Andelfingen

Donnerstag, 17.12.2015, 18:33

Finanzstarke Parteien können die Volksmeinung stark beeinflussen. Wie demokratisch ist das? Warum werden die Parteispenden nicht offen gelegt?

m.fischbacher, bern

Donnerstag, 17.12.2015, 20:36

Da mögen sie schon recht haben, dafür bekommen die finanzschwachen Parteien den Rückhalt von den Staatsmedien, welche auch mitfinanziert werden von denen die "Finanzstarke Parteien" wählen! Wie viel an Billaggebühren sie bezahlen, das wissen sie ja schon mal....

21

SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 22:05

Marc Bühlmann

Es ist in der Politikwissenschaft durchaus umstritten, ob und wie Geld Wahlen oder Abstimmungen beeinflusst, weil sich dieser Einfluss wissenschaftlich-empirisch nicht richtig messen lässt. Es gibt Beispiele, bei denen ein hoher Finanzaufwand zum Erfolg geführt hat, wie es auch Gegenbeispiele gibt, wo ein sehr geringer Aufwand trotzdem erfolgreich war (z.B. Minder-Initiative, Alpeninitiative). Man geht allerdings von verschiedenen Thesen aus. Zwei Beispiele: Abstimmungs- und Wahlkampagnen können wahrscheinlich gut mobilisieren, aber eher nicht überzeugen. Wenn jemand zu einem Thema eine Meinung hat, lässt er/sie sich nur sehr schwer vom Gegenteil überzeugen, wohl aber an die Urne mobilisieren (wobei beide Seiten von einer Kampagne mobilisiert werden). Damit zusammen hängt, wie prädisponiert eine Vorlage ist, d.h. wie stark sie Werte in uns weckt, von denen wir uns nicht abbringen lassen. Eher technische Vorlagen, bei denen Meinungen nicht von vornherein gemacht sind, dürften also wahrscheinlich eher anfällig sein für Kampagnen. Die Frage, ob unterschiedliche Kampagnenmittel demokratisch sind, ist interessant. Auch hier gibt es keine einfache Antwort. Politik bedeutet letztlich auch Macht und Macht geht häufig mit ökonomischen Ressourcen einher. Das Schöne an der Demokratie ist aber, dass Geld alleine noch nichts bringt, man muss auch mobilisieren und argumentieren können. Gegenfrage: was wäre die Alternative? Welche Partei müsste wie viel Geld kriegen, damit ein Abstimmungskampf demokratisch wäre? Müsste eine Kleinpartei mit ganz extremen Forderungen gleich viel Geld kriegen, wie eine Partei, die im Bundesrat vertreten ist, aber gegen solche extremen Forderungen einsteht? In der Frage nach der transparenten Parteienfinanzierung schliesslich, lassen sich ebenfalls unterschiedliche Antworten geben. Auf der einen Seite kann gefordert werden, dass die Wählerin und der Wähler in einer Demokratie wissen sollte, wer von welchen Interessen unterstützt wird. Vielleicht gebe ich der Parlamentarierin X, die von der Pharmaindustrie unterstützt wird, eher nicht mehr meine Stimme, dafür aber dem Parlamentarier Z, den ich eigentlich nicht wählen würde, der aber von einer Tierschutzorganisation unterstützt wird (oder umgekehrt). Auf der anderen Seite kostet die Schweizer

Demokratie für die Parteien und Interessenorganisationen viel Geld. Nicht nur nationale, kantonale und kommunale Wahl-, sondern auch nationale, kantonale und kommunale Abstimmungskampagnen müssen finanziert werden. Das ist ohne finanzielle Unterstützung auch mit viel Freiwilligenarbeit nicht möglich. Es wird nun argumentiert, dass bestimmte Geldgeber diese Unterstützung nicht mehr leisten würden, wenn sie bekannt gemacht würden. Kommt hinzu, dass Transparenz in der Parteienfinanzierung auch Kontrolle nach sich ziehen müsste. Wer garantiert, dass das von einer Partei ausgewiesene Budget auch wirklich stimmt? Man weiss z.B., dass bei Wahlen nicht nur die Parteien Geld ausgeben, sondern in der Regel auch die einzelnen Kandidierenden viel eigenes Kapital für ihren Wahlkampf aufwerfen. Soll das mitgezählt werden und wenn ja, wer kontrolliert das?

3

---

Walter Mathys, Etziken

Donnerstag, 17.12.2015, 18:07

Dass man diesen DOK-Film macht entspricht dem Zeitgeist. Man sollte immer gleiches mit gleichem vergleichen. Da ist es nicht möglich, weil wir die einzigen sind, die so ein System leben. Gesetze und deren Verordnungen werden von Menschen gemacht, die anderen Regierungssystemen unterworfen sind. Da scheiden sich die Geister. Glauben Sie denn nicht, dass ein Volk das allerletzte Wort haben soll, auch wenn es intern. Verträge betrifft? Sind es nicht die Bürger, die zuletzt die Zeche bezahlen müssen?

23

---

 SRF

Marc Bühlmann

Donnerstag, 17.12.2015, 22:07

Es ist in der Politikwissenschaft durchaus umstritten, ob und wie Geld Wahlen oder Abstimmungen beeinflusst, weil sich dieser Einfluss wissenschaftlich-empirisch nicht richtig messen lässt. Es gibt Beispiele, bei denen ein hoher Finanzaufwand zum Erfolg geführt hat, wie es auch Gegenbeispiele gibt, wo ein sehr geringer Aufwand trotzdem erfolgreich war (z.B. Minder-Initiative, Alpeninitiative). Man geht allerdings von verschiedenen Thesen aus. Zwei Beispiele: Abstimmungs- und Wahlkampagnen können wahrscheinlich gut mobilisieren, aber eher nicht überzeugen. Wenn jemand zu einem Thema eine Meinung hat, lässt er/sie sich nur sehr schwer vom Gegenteil überzeugen, wohl aber an die Urne mobilisieren (wobei beide Seiten von einer Kampagne mobilisiert werden). Damit zusammen hängt, wie prädisponiert eine Vorlage ist, d.h. wie stark sie Werte in uns weckt, von denen wir uns nicht abbringen lassen. Eher technische Vorlagen, bei denen Meinungen nicht von vornherein gemacht sind, dürften also wahrscheinlich eher anfällig sein für Kampagnen. Die Frage, ob unterschiedliche Kampagnenmittel demokratisch sind, ist interessant. Auch hier

gibt es keine einfache Antwort. Politik bedeutet letztlich auch Macht und Macht geht häufig mit ökonomischen Ressourcen einher. Das Schöne an der Demokratie ist aber, dass Geld alleine noch nichts bringt, man muss auch mobilisieren und argumentieren können. Gegenfrage: was wäre die Alternative? Welche Partei müsste wie viel Geld kriegen, damit ein Abstimmungskampf demokratisch wäre? Müsste eine Kleinpartei mit ganz extremen Forderungen gleich viel Geld kriegen, wie eine Partei, die im Bundesrat vertreten ist, aber gegen solche extremen Forderungen einsteht? In der Frage nach der transparenten Parteienfinanzierung schliesslich, lassen sich ebenfalls unterschiedliche Antworten geben. Auf der einen Seite kann gefordert werden, dass die Wählerin und der Wähler in einer Demokratie wissen sollte, wer von welchen Interessen unterstützt wird. Vielleicht gebe ich der Parlamentarierin X, die von der Pharmaindustrie unterstützt wird, eher nicht mehr meine Stimme, dafür aber dem Parlamentarier Z, den ich eigentlich nicht wählen würde, der aber von einer Tierschutzorganisation unterstützt wird (oder umgekehrt). Auf der anderen Seite kostet die Schweizer Demokratie für die Parteien und Interessenorganisationen viel Geld. Nicht nur nationale, kantonale und kommunale Wahl-, sondern auch nationale, kantonale und kommunale Abstimmungskampagnen müssen finanziert werden. Das ist ohne finanzielle Unterstützung auch mit viel Freiwilligenarbeit nicht möglich. Es wird nun argumentiert, dass bestimmte Geldgeber diese Unterstützung nicht mehr leisten würden, wenn sie bekannt gemacht würden. Kommt hinzu, dass Transparenz in der Parteienfinanzierung auch Kontrolle nach sich ziehen müsste. Wer garantiert, dass das von einer Partei ausgewiesene Budget auch wirklich stimmt? Man weiss z.B., dass bei Wahlen nicht nur die Parteien Geld ausgeben, sondern in der Regel auch die einzelnen Kandidierenden viel eigenes Kapital für ihren Wahlkampf aufwerfen. Soll das mitgezählt werden und wenn ja, wer kontrolliert das?

2

---

Vladimir Rott, Zürich, Berlin, ab und zu auch Prag

Donnerstag, 17.12.2015, 16:47

Keine Kriege mehr – auch, oder sogar vor allem auch, dank unserer Demokratie?

5

---

 SRF

Donnerstag, 17.12.2015, 22:08

Marc Bühlmann

Tatsächlich hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nur noch selten zwischenstaatliche, kriegerische Auseinandersetzungen gegeben. Allerdings haben gleichzeitig die innerstaatlichen Konflikte stark zugenommen. Es gibt also nach wie vor sehr viele Kriege. Dabei lässt sich allerdings beobachten, dass zwischen zwei Demokratien und innerhalb von etablierten Demokratien kaum

Krieg geführt wird (wohl aber zwischen Demokratien und Autokratien). Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen ist eine eher junge Errungenschaft und in der Politikwissenschaft findet die These, dass dies auch mit Demokratisierung zu tun hat, nur wenig Widerspruch (obwohl Demokratisierung zu Beginn häufig auch mit Gewalt einhergeht).

4

Vladimir Rott, Zürich, Berlin, ab und zu auch Prag

Freitag, 18.12.2015, 12:56

Genauer gefragt: Seit 1848 keine Kriege in der Schweiz – und keine Teilnahme an gewaltsamen Konflikten. (Kann man z.B. von Ländern der EU (immer noch) nicht behaupten.) 1847/48 ein Entscheid der damaligen Eliten. Hätten sie, bis sich unserer Demokratie in die heutige entwickelte, ohne weiteres in irgendeinen Krieg ziehen können? Ab wann steht so einem "einsamen" Entscheid unsere Demokratie im Weg?

2

max burger, DE 28844 weyhe

Donnerstag, 17.12.2015, 10:36

ich bin seit 59 Jahren in Deutschland verheiratet Ich bin sicher, wenn Deutschland eine Demokratie wäre, hätte es die Bundeswehr nicht gegeben. Damals war ich Studierender (Nautik). Alle meine Kollegen waren dagegen.

3

## Die neusten Artikel auf srf.ch



NEWS

**Verbrechen am Computer verhindern – so bestechend wie umstritten**



SPORT

**Nizza auch in Europa angekommen**  
Das Team von Lucien Favre fährt in der Europa



RADIO SRF MUSIKWELLE

**Schlunegger ist von «Rosmarie» überwältigt**  
Die Protagonistin seines



RADIO SRF VIRUS

**264 Days Later: The Return of Nemo... ins Bounce-Studio**  
Nemo nach dem Cypher:



RADIO SRF 3

**Neue Konsole «Nintendo Switch»: Ein ganz eigenes Mischwesen**



KULTUR

**Bridget Jones ist schwanger**  
Im Kino: In «Bridget Jones's Baby» dreht sich

Die Polizei von Los Angeles hat eine neue Kollegin mit sehr gutem Gedächtnis. Sie heisst «PredPol» und analysiert Daten.

League die ersten Punkte ein. Schalke kann die K.o.-Phase planen.

Liedes trägt Georg Schlunegger im Herzen.

Hype. Nemo mit seiner neuen EP: Hype. Wir holen ihn an den Ort zurück, wo vieles begann.

Nintendo enthüllt eine neue Konsole – die irgendwie auch ein Tablet und eine Handheld-Konsole ist.

alles um Bridgets Schwangerschaft und die Frage: Wer ist der Vater?

#### Wer wir sind

Über SRF  
 Porträt  
 Qualität  
 Besucherführungen  
 Jobs  
 Sponsoring

#### Was wir tun

News  
 Sport  
 Meteo  
 Kultur  
 DOK

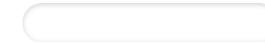
Radio SRF 1  
 Radio SRF 2 Kultur  
 Radio SRF 3  
 Radio SRF 4 News  
 Radio SRF Musikwelle  
 Radio SRF Virus

Play SRF  
 TV-Programm  
 Radio-Programm  
 Podcasts  
 Radio Swiss Classic  
 Radio Swiss Jazz  
 Radio Swiss Pop

Mobile Version  
 Korrekturen  
 Verkehr  
 Shop  
 Zambo

#### Wie können wir helfen

Hilfe  
 Kundendienst  
 Media Relations



RECHTLICHES IMPRESSUM

RTS RSI RTR SWI 3SAT



SRF Schweizer Radio und Fernsehen, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft 